

Sehr geehrte Damen und Herren,

zuerst wünsche ich Ihnen und euch, auch im Namen meiner Ratskollegin, Giesela Brandes-Steggewentz, ein gesundes, erfolgreiches und spannendes 2018.

Ich freue mich sehr, heute für die Fraktion Die LINKE. zu sprechen – nach meinem ersten vollständigen Jahr im Osnabrücker Rat ist das besonders aufregend. Es war für mich in diesem Jahr vor allem interessant zu sehen, welche Themen in der Öffentlichkeit, in den Medien und damit auch in der Politik besondere Aufmerksamkeit bekamen. Ich nutze jetzt und hier die Chance, die Themen in den Fokus zu stellen, die für uns als Fraktion Die LINKE. besondere Bedeutung hatten und auch weiter haben werden.

So ist für uns die Frage nach bezahlbarem und gutem Wohnraum in Osnabrück in unserer Arbeit zentral.

Für Menschen mit geringen Einkommen ist die Suche nach Wohnraum besonders schwierig. Für 2013 wurde die Versorgungsquote mit bezahlbarem Wohnraum für Haushalte mit niedrigem Einkommen mit 36% angegeben. In einer Prognose für 2020 beträgt sie nur noch 30%.¹ Der Bestand an Mietwohnungen mit Sozialbindung nimmt derzeit dramatisch ab: 2013 waren es noch über 2.000 Wohnungen – bis 2020 nur noch 1.007. Es bräuchte jährlich 200 neue Sozialbindungen um die aktuelle Versorgungsquote aufrecht zu erhalten.² Die vor kurzem beschlossenen Finanzmittel sind dabei nur ein Tropfen

¹ Wohnraumversorgungskonzept (2015); S. 61 f. (abrufbar unter: https://www.osnabrueck.de/fileadmin/eigene_Dateien/Wohnraumversorgungskonzept-der-Stadt-Osnabrueck-2015_01.pdf)

²Anfrage zu Bundes- und Landesmitteln für sozialen Wohnungsbau (2017) (abrufbar unter: <http://ris.osnabrueck.de/bi/to020.asp?TOLFDNR=1055307>)

auf dem heißen Stein und reichen nicht im Mindesten. Darüber hinaus müssen die Zahlungen, statt wie bisher direkt an die Vermieter*innen zu fließen, mit der Sanierung der Wohnungen verknüpft werden – damit der Wohnraum nicht nur bezahlbar, sondern auch lebenswert ist. Ein Modell, das für Mieter*innen und Vermieter*innen attraktiv ist.

Auch Gentrifizierungsprozesse, also die Verdrängung von bisherigen Mieter*innen aus ihren Wohnungen und ihren Stadtteilen durch Luxussanierungen und Entstehung von Eigentumswohnungen statt Mietwohnungen, lassen sich nicht nur in Berlin und Hamburg erkennen, sondern auch in unserer Stadt. Ich erinnere an den Jahnplatz.

Wir haben mit dem Zweckentfremdungsverbot, ein Gesetz, das der letzte Landtag leider nicht mehr als wichtig genug empfand, um es vor den Neuwahlen noch umzusetzen, sowie mit sozialen Erhaltungssatzungen zwei Instrumente in die Diskussion eingebracht, die diese Prozesse verlangsamen könnten und der Kommune Handlungsfähigkeit bieten.

Die Mietpreise auf dem freien Markt steigen seit Jahren stark an: in den letzten 5 Jahren, je nach Größe der Wohnung, zwischen 15 und 18 %.³ Das Problem ist zu massiv um es in Hinterzimmern und nichtöffentlichen Ratssitzungen wegzubeschließen – wir brauchen für 2018 eine öffentliche Diskussion um eine kommunale Wohnungsbaugenossenschaft und den Umgang mit steigenden Mieten, sinkenden Versorgungsquoten und Gentrifizierung. Neue Konzepte müssen dabei mitgedacht werden, das sind wir auch den Kindern schuldig, die in Armut leben.

³ Mietpreisspiegel Stadt Osnabrück (abrufbar unter: <https://www.osnabrueck.de/mietpreisspiegel.html>)

Natürlich haben Kommunen hier nur begrenzte Spielräume, aber diese müssen wir nutzen. Das Mantra, private Investoren würden für bezahlbaren Wohnraum sorgen, hat sich nicht bestätigt. Hier muss mehr getan werden, nicht nur von den Kommunen, sondern auch auf Landes- und Bundesebene.

Und das genau das passiert, ist Aufgabe der Kommunen. Hier spielt sich das Leben der Bürger*innen ab, hier sehen wir jeden Tag, was politische Entscheidungen im Leben dieser Bürger*innen ausmachen – so z.B. die Auswirkungen explodierender Mieten. Deswegen ist heute genau der richtige Tag um sich daran zu erinnern, dass nicht nur die Politik, die wir gemeinsam im Rat diskutieren und beschließen zum Wohle der Stadt und aller Einwohner*innen sein soll, auch unsere politische Arbeit darüber hinaus muss dieses Ziel verfolgen. Was wir als Probleme und Herausforderungen hier in Osnabrück sehen, finden wir –fast- überall in Deutschland. Und entsprechend müssen Kommunen, Länder und Bund Hand in Hand diese Probleme in Angriff nehmen - das wünsche ich mir im neuen Jahr.

Betrachtet man diese wichtige Rolle, die Kommunalparlamente einnehmen, kann der Plan der neu gewählten Landesregierung die Bildung einer Fraktion erst ab 3 statt ab 2 Vertreter*innen einer Partei oder Wählergemeinschaft zu ermöglichen hier nicht unerwähnt bleiben. Ohne den Fraktionsstatus können Politiker*innen im Ehrenamt in der Kommune kaum mehr Einfluss nehmen, die Arbeitsfähigkeit wird massiv eingeschränkt. Nicht nur, dass die Mitarbeiter*innen der Fraktionen wegfallen, auch wichtige Rechte zur Ausübung ihres Mandates werden den Politiker*innen so genommen. Schon jetzt ist der

Arbeitsaufwand für ehrenamtliche Politiker*innen immens, ich weiß nicht, wie oft ich schon nachts oder im Bus auf dem Weg zur Arbeit Vorlagen durchgearbeitet habe. Und ich bin sicher nicht die Einzige. Dabei leben Kommunen von ihrer demokratischen Vielfalt. Nur so werden unterschiedlichste Themen aufgegriffen, nur so sind spannende und wichtige Diskussionen möglich.

Gerade die Friedensstadt Osnabrück muss auch über die Grenzen Deutschlands und Europas hinausdenken. Menschen aus 143 Ländern⁴ haben hier in Osnabrück ihre Heimat gefunden, sie wurden und werden von den Bürger*innen der Stadt willkommen geheißen. Diese Menschen zeigen klar und deutlich, dass rechtes Gedankengut in Osnabrück keine Chance hat. Doch gerade weil dieses Gedankengut nicht nur europaweit, sondern weltweit einen Aufschwung erlebt, müssen alle demokratischen Parteien sich an die Seite derer Stellen, die hier Schutz suchen. Die Grenze verläuft nicht zwischen Menschen verschiedener Herkunft, sondern zwischen oben und unten. Als Kommune können wir uns nicht aus der Verantwortung ziehen und auf andere Entscheidungsebenen verweisen, wenn Menschen abgeschoben werden sollen – beispielsweise nach Afghanistan, das sogenannte sichere Herkunftsland, in dem Krieg herrscht. Fluchtursachen statt Geflüchtete zu bekämpfen muss zentrales Anliegen der Politik sein. Die Zivilgesellschaft in Osnabrück bekommt deutschlandweit Aufmerksamkeit durch Projekte wie 50 aus Idomeni oder dem solidarischen Kampf gegen verbotene nächtliche Abschiebungen – hier kann die Politik noch was lernen.

⁴ NOZ (2016) (abrufbar unter: <https://www.noz.de/lokales/osnabrueck/artikel/826219/rekord-bei-einwohnern-mit-migrationshintergrund-in-osnabrueck#gallery&0&0&826219>)

Rat Osnabrück, Handgiftentag, 08.01.2018

Zum Schluss sage ich allen danke, die sich ehrenamtlich in Osnabrück engagieren und das Leben in dieser Stadt damit umso lebenswerter machen. Danke an meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat, besonders natürlich an meine Fraktionskollegin Giesela Brandes-Steggewentz. Danke an die Ausschussvorsitzenden und die Ratsvorsitzende, die in Vor- und Nachbereitung sowie Leitung der Sitzungen besonderes Engagement an den Tag legen. Danke an Oberbürgermeister Herrn Griesert und die gesamte Verwaltung, die uns in unserer Arbeit unterstützt und danke an den Personalrat, der dafür sorgt, dass die Mitarbeiter*innen der Stadt gute Arbeitsbedingungen haben. Danke den Mitarbeiter*innen der Fraktionsgeschäftsstellen, ohne die Kommunalpolitik nicht möglich wäre. Und ein besonderer Dank an die Reinigungskräfte und Hausmeister, ohne die hier sowieso nichts laufen könnte. Und schlussendlich – vielen Dank fürs Zuhören.

Heidi Reichinnek, stellvertr. Fraktionsvorsitzende

DIE LINKE. Ratsfraktion Stadt Osnabrück